

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich Kr. 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

Rückmeldung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 1929.

Ein Blick in die nationalsozialistische Häuslichkeit.

Wie Fahrner die Zinsnechtschaft brach. — Der Revolver des Krebs. — Der Renegat soll das Mandat behalten, aber die Diäten abführen! — Ein schönes Urteil über den Parteiführer.

Wir haben uns bei diesem Fall Fahrner von allem Anfang nicht getäuscht. Wir wußten, daß im Laufe der Blätterkette allerhand — Persönliches und Politisches — ans Tageslicht kommen würde, was unser längst gebildetes Urteil über die nationalsozialistische Partei wieder einmal bestätigen würde. Tropfenweise sickerte die Wahrheit durch. Jetzt halten wir endlich bei beiderseitigen Erklärungen, die sich sehen lassen können. Zunächst einmal erklärt der Parteivorstand der Nationalsozialisten in der „Bohemia“ (die in solchen Fällen allem Antisemitismus zum Trotz zum Publikationsorgan Junges avanciert) folgendes:

Herr Senator Fahrner erklärt in der Tagespresse, daß die Partei ihm eine Ehrenerklärung angeboten und über seinen Wiedereintritt verhandelt habe und daß die gegen ihn von dem Parteigenossen Bürgermeister Kleiner erhobene Anschuldigung schon vor Jahren Gegenstand der Untersuchung gewesen sei; sein Verhalten sei damals korrekt gewesen worden.

Demgegenüber stellen die Befertigten fest:

Wir haben dem Rechtsanwalt Fahrners Dr. Leo Dembický klar und wiederholt erklärt, daß alle Beziehungen der Partei zu Fahrner von dessen Reinheit in der Angelegenheit der Deutschen Bank abhängig gemacht werden müssen.

Es ist richtig, daß die Angelegenheit mit den 10.000 Kronen die Partei schon einmal beschäftigt hat, und zwar im Jahre 1923.

Herr Fahrner rechtfertigte sich damals seinen Klubkollegen gegenüber damit, daß ihm bei seiner Intervention für die Bank persönliche Auslagen, als Beschaffung von Gutachten und Memoranden für die Behörden, erwachsen seien. Fahrner zahlte jedoch über Auftrag der Partei den erhaltenen Betrag an die Bank zurück, weil diese mittlerweile durch schlechte Wirtschaft bankrott geworden war und nicht der Ansicht erwidert werden sollte, als ob auch durch ihn eine Schädigung der Einleger erfolgt wäre. Herr Bürgermeister Kleiner, der im Liquidationsausschuß der Bank saß, bestritt nun heute die Richtigkeit der damaligen Darstellung Fahrners und behauptet, daß die Bücher und Protokolle der Bank erweisen, daß sich die 10.000 K nicht aus persönlichen Auslagen zusammensetzten. Für die Partei stand nun zur Untersuchung:

- 1. ob Fahrner den Klubkollegen seinerzeit eine unwahre, mit seinem Mannesworte beglaubigte Darstellung gegeben und
- 2. ob Fahrner von einem Unternehmen, dem er durch seinen Einfluß als Parlamentarier bei den Behörden die Grundzüge der Existenz verschaffen sollte, einen persönlichen Vorteil gezogen hat. Letzteres wäre nach der Auffassung unserer Partei

unvereinbar mit der politischen Moral.

Gegenüber diesem Sachverhalt erscheint alles was Herr Senator Fahrner der Öffentlichkeit von anderen politischen Auffassungen und angeblichen Gesinnungen erzählt, vollständig belanglos.

Abg. Ing. Rudolf Jung, Abg. Hans A. N. r. s. Als wir das lasen, stellte sich uns der Fall Fahrner mit ziemlicher Klarheit so dar: Herr Fahrner hat einmal für gewisse Dienste, die er, der Gegner des Bankkapitals und der Zinsnechtschaft, einer Bank geleistet hatte, von dieser 10.000 Kronen angenommen. Daß die Bank Gutachten, die sie jederzeit direkt beziehen und bezahlen kann, auf dem Umwege des Herrn Fahrner bezahlen sollte, ist natürlich ein Unfuss. Daß die sonstigen persönlichen Auslagen (etwa eine Autofahrt?) die runde Summe von 10.000 Kronen ergeben sollten, hätte schon Adam Riese dem Adam Fahrner nicht geglaubt.

Die nationalsozialistische Partei erfährt von den Geschäften des Herrn Fahrner. Just im Jahre des Heils, als Hitler in München die Zinsnechtschaft brach und den Drachen Bankkapital niederschlagen wollte, kamen Fahrners zarte Beziehungen zum Bankkapital ans Licht. Aber nun kommt das Beste.

Die Partei machte über die Sache ein Sakentzug und ließ Fahrner weiter als Gewerkschaftsführer.

Senator und zeitweise als Parteivorstehenden fungieren!

Sie will ihn zur Rückgabe des Geldes verhalten haben. Aus prinzipiellen Gründen? Nein, sondern weil die Bank bankrott geworden ist und man anscheinend fürchtete, die Sache mit Fahrner könnte an den Tag kommen.

Die nationalsozialistische Partei ist also für die Manipulationen Fahrners voll verantwortlich. Sie hat von ihnen gewußt, sie hat sie gedeckt und verziehen. Wie im Fall Gattermayer hat sich auch hier die Brechung der Zinsnechtschaft schließlich als Bundesbrüderschaft mit dem Bankkapital herausgestellt.

Warum hat nun irgend ein Pg. Kleiner im Jahre 1929 den Fall wieder ausgerufen, der durch Manneswort und Manneschwur vor sechs Jahren erledigt wurde? Wir schließen so: der Fall Fahrner hat natürlich seine politischen Hintergründe. Als Fahrner anfangs, gegen den falschen Kurs des Krebs zu opponieren, suchte dieser den Fahrner durch eine persönliche Affäre unschädlich zu machen.

Fahrners Bankgeschäfte waren der Revolver des Krebs.

Er hielt ihn parat, um im geeigneten Moment den guten Adam auf die Knie zu zwingen. Der Pg. Kleiner war nur das Werkzeug des Krebs. So hat der Fall Fahrner eben seine persönliche und keine politische Seite. Jene ist nur soweit interessant, als sie einem Parlamentarier bei fragwürdigen Geschäften und einem Brecher der Zinsnechtschaft als Gehilfen einer Bank zeigt. Die politische Seite aber hat größte Bedeutung. Denn es wird hier erwiesen, daß die nationalsozialistische Partei eine Sache, die sie im Jahre 1923 für

„unvereinbar mit der politischen Moral“

hält, im Jahre 1923 auf ein bloßes Manneswort hin, das noch lange keine glaubhafte Spesenrechnung darstellt, ohne Konsequenzen beilegte. Es zeigt sich aber weiter, daß die beigelegte Sache, die unter Ehrenmännern dann eben wirklich bereinigt sein müßte, zum Revolver wurde, mit dem man einen Parteiführer politisch mundtot machte.

Wir hatten diese Betrachtungen angestellt, als sie unerwartet ihre Bestätigung in einem Schreiben fanden, das Fahrners Anwalt Dr. Dembický an die Redaktionen ausfand. In diesem Schreiben heißt es, daß der Fall Fahrner rein politische Wurzeln habe, und weiter:

„In dem Kampfe um diese seine sachliche Anschauung hat nun die Gegenseite zu dem seit nachher bewährten Mittel gegriffen, Senator Fahrner persönlich anzugreifen und zu verunglimpfen. Dabei wird von der Gegenseite geltend gemacht, daß die Partei durch einzelne Personen ins falsche Fahrwasser gezogen werde. Ich stelle demgegenüber fest, daß mir gewiß: Verlege zur Verfügung gestellt wurden.“

Die Person des Zahntechnikers Kleiner wurde also lediglich dazu benützt, um aus einer sachlichen eine persönliche Angelegenheit zu konstruieren. In der Veröffentlichung im „Tag“ wurden jedoch aus dem Pamphlet des Herrn Kleiner vom 9. Dezember 1928, das einen Brief von vier-einhalb Maschinenschriftzeilen (etwa) darstellt, worin die konkrete Beschuldigung nur sieben Zeilen ausmacht, gewisse Stellen gefälscht wiedergegeben.

Die Änderungen des „Tag“ sind, wie aus den weiteren Ausführungen hervorgeht, zwar beziehungsweise für die Arbeitsweise des Blattes, aber für die Sache selbst von geringer Bedeutung. Nochmals betont Dembický, daß mit Fahrner über seinen Wiedereintritt in die Partei verhandelt wurde! Ueber Fahrners Geschäfte heißt es dann:

„Nach authentischen Darlegungen des ehemaligen Direktors der Deutschen Bank, Herrn Rudolf Damm, derzeit Aufsicht und des liquidierenden Direktors der „Deutschen Bank“ in Reichenberg, Herrn Hermann Brosche, hat Senator Fahrner vom Jahre 1920 bis Ende 1921, die meisten für die „Deutsche Bank“ notwendigen wirtschaftlichen

Außenarbeiten durchgeführt u. ist wiederholt schon vom Proponentenausschuß und von der Direktion aufgefordert worden, Rechnung für seine Arbeiten und die dabei gehaltenen Auslagen zu legen. Senator Fahrner hat eine solche Rechnungslegung mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Bank sich zunächst kräftigen und stärken soll und müsse. Die leitenden Herren der Bank hingegen waren der Anschauung, daß es nicht angehe, von Senator Fahrner eine wirtschaftliche Tätigkeit für die Bank unentgeltlich zu verlangen. Sie vertraten dabei den Standpunkt, daß es ja allgemein bekannt ist, daß andere Bankinstitute für Arbeiten, wie sie Herr Senator Fahrner leistete, sehr hohe Beträge bezahlen und eine Entlohnung mit Rücksicht auf die für die Bank entstandenen wirtschaftlichen Vorteile eine Selbstverständlichkeit sei. Fast in jeder Sitzung des Proponentenausschusses und der Direktion wurde über die wirtschaftliche Tätigkeit des Herrn Senator Fahrner berichtet, weil davon der Erfolg der Bank abhängig war. Herr Senator Fahrner hat also eine reine, wirtschaftliche Tätigkeit für die Bank entfaltet, wofür allein er entlohnt werden sollte und beantragte für seine Arbeiten und Auslagen bei einer monatlichen Tätigkeit pro Monat 500.— K., zusammen also 10.000 K. — Diesen Betrag, der von Herrn Senator Fahrner lediglich für seine Arbeiten und für die gehaltenen Auslagen bestimmt war, hat er jedoch in der vollen Höhe und aus freien Stücken ohne Aufforderung sofort wieder zurückgelassen, als ihm bekannt wurde, daß die Lage der Bank eine nicht besonders günstige war. Dieser Tatbestand war der Führung der nationalsozialistischen Partei vollständig bekannt.“

Wir wollen uns in eine Diskussion über den Unterschied zwischen politischen Interventionen und der rein wirtschaftlichen, der Bank Nutzen bringenden Tätigkeit eines Parlamentariers nicht einlassen. Es genügt die Feststellung, daß ein nationalsozialistischer Senator und Parteiführer der (was immer er für eine „Tätigkeit“ hatte) Gehilfe eines Bankunternehmens war und sich dafür besolden ließ. Ob es allgemein bekannt ist, daß sich Banken Parlamentarier halten, die für sie Geschäfte besorgen, wissen wir nicht. Wir waren aber neugierig, zu hören, wem und von wem da etwas bekannt ist.

Das Beste aber kommt noch. Dr. Dembický schreibt: „Was nun das Senatsmandat des Herrn Senators Fahrner betrifft, so sei festgesetzt, daß der 1. Parteivorstehende der nationalsozialistischen Partei, Herr Abg. Ing. Jung, Herrn Senator Fahrner vor kurzem den Vorschlag unterbreiten ließ, er möge das Mandat beibehalten, da sein Nachfolger, Herr Galle (auch Mitglied des „objektiven“ Untersuchungsausschusses der Partei) ein ungeeigneter Parlamentarier sei, der, wenn er einmal das Mandat bekomme, nicht mehr abzuschütteln sein und die Partei belasten würde. Senator Fahrner möge aber die mit dem Mandate verbundenen Diäten der Partei zur Verfügung stellen, weil die Partei Geld brauche.“

Herr Jung hat also mit dem ausgeleiteten Fahrner ein Geschäft machen wollen. Er war bereit, sozialgen ein Mandat der nationalsozialistischen Partei um 60.000 Kronen jährlich zu verkaufen! Und er begründete das damit, daß der eventuelle Mandatsnachfolger Galle —

das ist seit 10 Jahren der Parteikassier der Nationalsozialisten! —

ungeeignet und nicht abzuschütteln sei! Seine Zustände in der Partei! Man traut dem Parteikassier, den man erst kandidiert hat, nicht zu, ein Mandat auszuüben und würde es lieber einem Renegaten lassen, wenn der nur dafür bezahlt!

Aber erst der ganze Fall ergibt das vollkommene Bild nationalsozialistischer Gesinnung. Man kann auf einen Fall, den man für „unvereinbar mit der politischen Moral“ hält. Man bereinigt ihn aber, indem man zur Tagesordnung übergeht und den Schuldigen in Amt und Würden läßt. Nach Jahren wird der Mann verhandelt man wieder mit ihm über die Rückkehr in die Partei und endlich bietet man ihm einen Ausgleich an: hier Mandat, hier Geld.

Was Fahrners persönliche Ehrensache betrifft, so sind wir trotz allen juristischen Erwägungen des Dr. Dembický der Ansicht, daß sie nur im Verhältnisse zur Bereinigung ist. Was die nationalsozialistische Partei betrifft, so wird die Wählerchaft ihr Urteil auch über den Fall Fahrner noch zu sprechen haben. Eines weiteren Prozesses bedarf es da wahrlich nicht!

Ein Nachwort zur Schulreform-Enquete.

Von Johann Polach.

Fünf Tage dauerte die Enquete über die Reform unseres Schulwesens. Ein überaus reiches Programm stand zur Diskussion. Wenn man jedoch den Verlauf dieser pädagogischen Tagung auf ihre praktische Bedeutung für die Zukunft unserer Schule prüft, kann man nur zur einer pessimistischen Anschauung kommen. Denn so ziemlich alle, die an dieser Beratung teilnahmen, waren gegenüber den zu behandelnden Fragen in ihrem Willen von vornherein festgelegt und gegen jeden schulreformerischen „Radikalismus“ gefestigt; die einen durch Tradition, die anderen durch standespolitische Motive, die dritten durch ihre Abhängigkeit von der obersten Schulverwaltung. So kam es, daß die mehr als 150 Debattierenden, die sich an die acht Verhandlungspunkte angeschlossen, zu mehr oder weniger geistvollen Monologen ausarten, die wohl eine Unmenge bedruckten Papiers, ein Protokoll von gigantischem Umfang, aber nicht die notwendige Schulreform bringen werden.

Zuerst wurde die Frage behandelt, ob die bisherige Organisation der Volks- und Bürgerschule — fünfjährige Volksschule, dreijährige Bürgerichule — beizubehalten sei oder an deren Stelle eine vierjährige Volksschule und eine vierjährige Bürgerichule treten sollte. Fast alle Redner traten für die Erhaltung des bestehenden Turnus auf, mit besonderer Leidenschaft die Sprecher der Lehrerorganisationen. Was da an psychologischen Begründungen, an pädagogischen Doktrinen aufmarschierte, vermute ich den Eindruck nicht zu vermissen, daß die Ablehnung der im Wiener Schulwesen so ausgezeichnet bewährten Schulorganisation weniger durch pädagogische Überzeugungen als durch standespolitische Interessen der Lehrer bestimmt wird. Eine Überlastung der Kinder durch die organisatorische Umstellung, die durch Zeitungsartikel, Denkschriften und Reden von Lehrern behauptet wurde, würde durch Abänderung der Lehrmethode in der Richtung der Arbeitsschule schon verhindert werden. Im Gegensatz zu der Behauptung, daß nur eine fünfjährige Grundschule die Vorbedingungen für die weitere Fortbildung schaffe, zeigen gerade die pädagogischen und psychologischen Forschungsergebnisse, daß das 10. Lebensjahr einen Wendepunkt in der seelischen Kindesentwicklung bilde. Aber das Schlimmere ist: das Festhalten an dem bisherigen Turnus von Volks- und Bürgerschule wird zum stärksten Hindernis für die Einheitschule, die den Weg einer besseren Auslese der Begabten und für die Beseitigung oder wenigstens Milderung des am proletarischen Kinde verübten Unrechtes bildet. Doch gerade diese Folgerung war für einen großen Teil der Enqueteteilnehmer das unangenehmste Motiv ihres konservativen Festhaltens an dem Bestehenden.

Freilich sprachen sich die Lehrervertreter für die fakultative, einige sogar für die obligatorische vierte Bürgerichulklasse aus. Aber das Verlangen nach einer Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr ist bei unseren Verhältnissen eine Utopie und war für diejenigen, die es stellten, ein nicht allzuernst zu nehmender moralischer Alibierversuch.

Die Durchsetzung der sowohl in pädagogischer als auch in sozialer Hinsicht wohl begründeten Einheitschule wäre der Beginn der Zerstörung eines Bildungsprivilegs. Sie würde einen Parallelismus zwischen Bürger- und Untermittelechule schaffen, insofern als bei Führung eines Doppelklassenzuges in der zur Einheitschule erweiterten Bürgerichule für die begabteren Kinder die rechtliche und sachliche Möglichkeit eines Uebertritts in eine Mittelschule hergestellt würde, ohne daß die Hauptaufgabe dieser Schulgattung, zur Fachschule oder ins praktische Leben zu führen, dabei leiden müßte. Dabei brauchte man keineswegs

ein bißchen Muske zu machen. Co pak Je to za vojaka...!

Jedenfalls wird er das Ding mal ernstlich in Angriff nehmen. Was sonst aus dieser Schulreform werden soll, steht noch in den Sternen.

Der Minister „denkt in Tönen, nur in Tönen will er gern, alles was er liebt, verschönen“, wie wiederum die Romantiker fingen, und so werden wir denn zwar einen restringierten Unterricht in der Geschichte, der Geographie und den Naturwissenschaften, aber einen obligatorischen Musikunterricht haben.

Nun wäre gegen diesen nichts einzuwenden, sofern er sich auf die musikalisch begabten Schüler beschränkt. Eine Schulreform, die über ein gewisses gemeinsames Pflichtmaß hinaus die Schüler je nach Begabung und Lust fingen, musizieren, zeichnen, malen oder chemisch laborieren ließe, geographisch oder mit historischen Studien beschäftigen würde, wäre nur zu begrüßen.

Vor allem für die Frage der Auswahl der Tüchtigen bringt der musikalische Himmel eine Gefahr. Was wir in Deutschland schon beim Turnen erleben (man lese nur Claesers „Jahrgang 1902“), daß die Riesenwelle zum Maß aller Dinge wird und der gute Turner als Lehrer wie als Schüler dominiert, das können wir hier mit den Sängern erleben. Es ist ohnehin schon des Landes der Brauch, daß an einer bestimmten, eben wieder erledigten, Prager Mittelschule, nur Varden und andere Sangesbrüder Direktoren werden und im Landeslehrerrat sitzt ja auch ein Mittelschulinspektor, der in erster Linie ein großer Sangesbruder ist.

Alles zu seiner Zeit und an seinem Orte! Gegen künstlerische, wirklich musische Erziehung ist nichts einzuwenden. Aber dadurch, daß man den unmusikalischen Schüler zwingt, sein eigenes Gedächtnis oder Geigengevißner anzuhören, wird oft das Gegenteil von musikalischer Erziehung erreicht. Werten wir, Herr Minister, daß aus Ihrer musikalischen Mittelschule vorwiegend Feinde der Musik und Freunde des Jazzband hervorgehen werden! Schaffen Sie für begabte Musiker Freiplätze in den Musikschulen! Würgen sie nicht musikalische Lehranstalten, wie Pershan, mit kalter Hand ab! Lassen Sie auch im Gymnasium den fangesfrohen, stimmbegabten Schüler zeichnen oder turnen eben mal fingen. Aber im allgemeinen lassen Sie doch die Leute bei ihren Leisten und schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, daß aus den Mittelschulen Leute hervor gehen, die einmal tüchtige Juristen, Mediziner, Ingenieure und Lehrer werden. Was die dann musizieren, das braucht nicht Ihre Sorge zu sein; im Durchschnitt werden sie mit Radio und Grammophon das Ausland finden!

Kommunistische Auffassung über Presseklagen.

Die südböhmische Arbeiterzeitung (Arman) vom 6. April bringt einen Artikel unter der Überschrift: „Die Sozialdemokraten provozieren die Kündigung der Vereinbarung über Presseklagen“.

Wir haben keine Ursache, mit dem Schreiber zu polemisieren und wollen nur unseren Lesern einige, die kommunistische Auffassung charakterisierenden Tatsachen von Vertragstreue bringen.

Seinerzeit brachte die genannte „Arbeiterzeitung“ am 6. Oktober und 20. Oktober 1923, also zu einer Zeit, wo über den Abschluß eines Vergleiches in Presseklagen bereits verhandelt wurde, sehr spitzige Artikel, in welchen behauptet wurde, daß es die „Zukunft“ und insbesondere ihre Redakteure, die Genossen Dr. Strauß und Franz Kuplent darauf abgesehen hätten, die kommunistische Presse und Partei zu schädigen, wozu ihnen das reaktionäre Pressegesetz eine willkommene Handhabe bietet. Es braucht nicht festgesetzt zu werden, daß die Genossen Dr. Strauß und Kuplent nicht im entferntesten die kommunistische Presse zu schädigen beabsichtigten. Als eine dieser Schädigungsabsichten wird angeführt, daß einmal bei einer Klage des Gen. Strauß in Reichenberg bei der Vergleichsverhandlung seitens des Klägers niemand anwesend war, so daß die Sache dem Untersuchungsrichter übergeben werden mußte, wodurch dem beschuldigten kommunistischen Redakteur angeblich größere Kosten entstanden sind. Wichtig ist daran lediglich, daß unser Rechtsanwalt selbst Kosten sparen wollte, da er von einem vorhergehenden Falle wußte, daß der Redakteur der Arbeiterzeitung gewöhnlich bei der Vergleichsverhandlung einen sehr annehmbaren Vergleich abschließt und den Prozeß bis zur Hauptverhandlung fortführt, um erst dann eine Ehrenklärung abzugeben, wodurch er sich natürlich selbst überflüssige Gerichtskosten macht. Da sich in dem besagten Artikel die Arbeiterzeitung beklagte, daß ihr Kosten gemacht werden und da die betreffenden Artikel selbst schwere ehrenrührige Anschuldigungen enthielten, sandte unser Rechtsanwalt der Arbeiterzeitung eine § 19-Verpflichtung ein, über die sich jedoch die Arbeiterzeitung lustig macht. Trotzdem man über dieses Vorgehen recht erstaunt sein konnte, machte unser Rechtsanwalt mittels Schreibens vom 21. Oktober 1923 den verantwortlichen Redakteur der Arbeiterzeitung im Namen der Gen. Dr. Strauß und Kuplent aufmerksam, daß die genannten Artikel klagbar seien, daß jedoch die Ge-

nossen vorläufig von einer Klage absehen, damit sich die Arbeiterzeitung nicht wieder über Kosten beklagen kann, falls die Arbeiterzeitung binnen 3 Tagen eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die beiden Artikel widerruft. Die Arbeiterzeitung hat jedoch bis zum heutigen Tage keine diesbezügliche Erklärung veröffentlicht und wir wundern uns nicht, daß die beiden Genossen nichts anderes tun konnten, als die Arbeiterzeitung hiezu im Altsa- wege zu zwingen. Die Kopie des diesbezüglichen Briefes unseres Rechtsanwaltes liegt den Herren Kommunisten in der Kanzlei des Gen. Dr. Engel zur Einsicht zur Verfügung.

Was die Behauptung von den Zühnebeträgen anbelangt, ist es bisher noch nicht vorgekommen, daß Gen. Dr. Strauß von einem Kommunisten ein Zühnegeld bekommen hat, bzw. daß ein Kommunist ihm ein solches Zühnegeld zahlen mußte. Tage-

gen müssen wir darauf hinweisen, daß Gen. Dr. Strauß wiederholt Zühnegelder leisten mußte, und zwar zuletzt 1000 K an den Krumauer Kommunisten Bierer. Dies ist durch Gerichtsakten beim Prager Strafgerichte dokumentarisch nachweisbar. Es wundert uns daher sehr, wie die Kommunisten Tatsachen verschweigen können.

Was die weiteren Behauptungen des kommunistischen Artikels anbelangt, ist es unklar, daß der Vertrag mit voller Absicht durchbrochen wurde, denn im besagten Falle gegen Borisch handelt es sich ebenfalls um eine persönliche Ehrenkränkung, auf die sich der Vergleich nicht bezieht. Herrn Borisch ist es nicht eingefallen, seine Behauptung zu widerrufen und er hat durchaus nicht im Sinne des Vergleiches die Zentrale unserer Partei aufgefordert, daß Dr. Strauß seinen Strafantrag zurückzieht. Diese Feststellung dürfte genügen.

Rote Woche!

Vor unserem großen Fest und Freudentag, vor dem Jubiläum der Partei, vor dem Karlsbader Reichsarbeitertag, wollen wir uns noch einmal juchend in den Kampf stürzen, in den Kampf gegen unseren schlimmsten Feind, in den

Kampf gegen die politische Gleichgültigkeit und Uninteressiertheit großer proletarischer Schichten.

Ehe wir unsere Gedanken ganz dem Reichsarbeitertag zuwenden, ehe wir alle unsere Kraft und alle unsere Organisationen ganz in den Dienst des Werbens für den Arbeitertag und seiner Vorbereitung stellen, wollen wir noch einmal einen großen Werbefeldzug für die Partei und die Parteipresse durchführen. Wir wollen der Partei als Geschenk zu ihrem Jubiläum zehntausende neuer Parteimitglieder, tausende neuer Leser der Arbeiterblätter bringen.

Die Zeit ist günstig! Die Landes- und Bezirksvertretungswahlen, die Gemeindevahlen in Brünn, Eger, Pragau, Znaim, in vielen anderen Gemeinden zeigen, wie in allen deutschen Gebieten des Landes das Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Angestellten und Beamten sich in steigendem Maße der Sozialdemokratie zuwendet. Und daß in jenen proletarischen Schichten, die uns ihre Stimmen gaben, auch das Bedürfnis vorhanden ist, sich

enger an die Partei zu binden.

zeigen die vielen Beitritte zu unserer Organisation, die keine besondere Werbung erforderten.

Die Zeit ist günstig! Die Herzen der Arbeitenden sind empfänglicher für unsere werbenden und aufklärenden Worte. Wir brauchen nur zu ihnen zu gehen, es bedarf vielfach nur des letzten entscheidenden Aufstoßes, um den Entschluß zum Anschluß an die Partei zur Reife zu bringen.

Die Zeit ist günstig! Was die Herrschaft des Bürgerblocks bedeutet, haben alle Arbeiter erfahren, haben alle zu spüren bekommen.

In allen stimmt der Jörn, schwelt die Empörung.

So lehren wir sie, daß sie Vergeltung für alles ihnen angetane Unrecht nur üben und daß sie

vor noch Schlimmeren sich nur bewahren können durch den Eintritt in die Partei, durch ihr Mitmarschieren, ihr Mitkämpfen mit der Partei.

Woh! nicht da und dort eifrige Vertrauensleute schon längst die günstige Situation zum Werben für die Partei. Aber Schwung und Kraft gibt dem Werben doch erst die planmäßige Vorbereitung und Durchführung, die Organisation dieses

Selbzuges gegen den politischen Indifferentismus.

Erfolg im Großen kann erst der Kampf im Großen bringen, die Aktion der Gesamtmitgliederschaft der Partei für die Partei. Deshalb veranstalten wir in der Zeit vom

28. April bis 5. Mai

eine Werbewoche für Partei und Presse, eine rote Woche. In jede Arbeiterwohnung muß in diesen Tagen eingebracht werden, zu jedem noch nicht organisierten Proletarier, zu jeder noch nicht der Partei angehörigen Arbeiterin gesprochen werden. In alle Wohnungen der Arbeiter müssen unsere Werbeflugblätter getragen werden. In jedem Betrieb, in jeder Arbeiterversammlung, bei jeder Zusammenkunft, bei jeder geeigneten Gelegenheit muß in diesen Tagen von der Partei und ihrer Presse, für die Partei und ihre Presse gesprochen werden!

Rote Woche! Werbewoche! Ja, sie bringt uns allen ein Mehr an Arbeit, eine Höchstspannung unserer Kräfte. Aber sie bringt uns auch Erfolg, bringt uns auch Siege, bringt uns neue Bekämpfer, neue Mitkämpfer, sie stärkt unsere Partei, verdichtet unsere Reihen! Und wer würde nicht freudig Mehrarbeit, Plage und Mühe, Aufseindung und Opfer auf sich nehmen, wenn es gilt, der Partei zu dienen!

Rote Woche! Werbewoche! Sammelt die Kräfte! Stürzt Euch in den Kampf gegen den Indifferentismus! Laßt Sturm gegen die Mauern der Gleichgültigkeit! Entschlossenes Wollen — und am Ende der Roten Woche steht ein leuchtender roter Siegestag!

Ein Vorschlag, kein Ultimatum.

Uebersetzung des alliierten Memorandums an den gesamten Ausschuß.

Paris, 13. April. Die heutige Vollziehung der Reparationskonferenz dauerte von 11 Uhr 30 bis 12 Uhr 40. Seitens der vier Hauptgläubigerdelegationen wurde das Memorandum dem Sachverständigenausschuß als solchem und nicht etwa der deutschen Delegation übergeben. Das Dokument soll als Beitrag zur Erleichterung und Klärung der Diskussion über die Ziffern dienen. Das Memorandum, das als Vorschlag zu gelten hat, nicht aber als ein Beschluß der Hauptgläubiger, wurde in der heutigen Sitzung zur Verlesung gebracht.

Die nächste Vollziehung findet am Montag vormittags statt. Sie wird darüber zu entscheiden haben, ob eine Veröffentlichung des Textes des Memorandums erfolgen soll oder nicht. Eine Diskussion über den Inhalt des Dokumentes fand heute nicht statt, jedoch eine Besprechung über die Zweckmäßigkeit der Veröffentlichung. Ueber die

Zuspitzung der Lohnverhandlungen im Ruhrverbaue.

Berlin, 13. April. (Eigenbericht.) Heute vormittags begannen in Essen die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne im Ruhrverbaue. Die Bergarbeiterverbände gaben ihre Forderungen bekannt, die eine Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter um eine Mark pro Schicht vorsehen. Die Vertreter der Unternehmer nahmen eine äußerst herausfordernde Haltung ein: sie verlangten gleichzeitig auch Verhandlungen über die Neuregelung des von ihnen gekündigten Manteltarifex und erklärten, daß sie die Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitzeit

fordern würden. Als die Bergarbeiterverbände Ziffern ist amtlich nichts mitgeteilt worden.

gleichzeitige Verhandlungen über den Manteltarif ablehnten und auf sofortiger Verhandlung des Lohnaristefes bestanden, beantragten die Unternehmervertreter eine fünfprozentige Herabsetzung der zur Zeit geltenden Löhne.

Dieser Antrag bedeutet eine freche Verhöhnung der Bergarbeiter, denn während die Zechen im allgemeinen gute Gewinne abwerfen, sind die Löhne bisher weit hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben. Die Verhandlungen wurden dann auch ergebnislos abgebrochen; die Gewerkschaften werden nunmehr den Schlichter anrufen.

Fascismus und Fußball.

In Wien hat es vergangenen Sonntag einen der schon gewohnten Fußballgeje gegeben, die dem Laien und unbefähigten Dritten immer und in jedem Fall rätselhaft bleiben werden. In dem besonderen Fall scheint allerdings die besondere Rolle der Italiener, die von der österreichischen Mannschaft sechs Spieler ernstlich verletzt, die Rundgebungen des Publikums provoziert zu haben. Erst nachher kamen die Italiener mit Befehrwenden nationaler Art, daß nicht die italienische, sondern die ungarische Flagge ausgezogen worden sei (es sind dieselben Farben in umgekehrter Reihenfolge), daß man eine falsche Hymne gespielt habe und daß nicht alle Zuschauer aufgestanden seien.

Wie immer man die Rundgebungen des Publikums ausdeuten will, wir möchten den gesinnungsmäßigen Beweggrund nicht zu hoch anschlagen. Wenn 70.000 Leute, die auf die Gefahr hin, vor der italienischen Flagge strammstehen und die faszistische Hymne ehrfürchtig anhören zu müssen, sich doch nicht zurückhalten können, das Fußballspiel anzusehen, plötzlich zu toben anfangen, so möchten wir diesen Ausbruch nach seiner Richtung hin überschätzen. Die österreichische Presse, soweit sie bürgerlich ist, hat sich bemüht gesehen, die Vorgänge auf der Hohen Warte in allen Tönen der Gesinnungsmäßigkeit zu bedauern. Die italienische Presse hat sie zunächst nicht tragisch genommen.

Plötzlich kam ein anderer Wind in die Geschichte. Die faszistische Presse fand, daß es eine Frechheit von dem kleinen Oesterreich sei, das große Italien auch nur auf dem Fußballplatz zu bestiegen. Ueber die zwölf italienischen Niederlagen am Honojo ist kein solches Geschrei gesehen wie über das 3:0 Spiel auf der Hohen Warte. Der „Popolo di Roma“ schrieb:

„Wenn eine Horde von Wilden eine italienische Karawane überfallen würde, so würden wir keine Zeit damit verlieren, mit ihnen über Mitleidlichkeit und Goffenbüchigkeit zu diskutieren. So werden wir auch unsere Beachtung über die 70.000 Wiener ausstrecken, die mit vollem Vorbedacht seine umranbeniß gegen unsere elf Fußballspieler vorgegangen sind und wir werden die Presse jener Republik des runden Fisches, die es wagt, die italienische Nation zu beschimpfen, keiner Antwort würdigen. Die Oesterreicher haben nochmals der justizierten Welt zeigen wollen, daß sie noch immer feste Barbaren sind, die Betarca als ein Volk anerkennen, das die Gofage bejachtet. Vernehm, wie wir sind, werden wir ihnen nicht die Kilmosen vorhalten, die wir in ihrer bestellende Hand gelast haben, noch werden wir sie an das Brot erinnern, mit dem wir ihre hungernden Kinder betrieht haben!...“

Man hat die italienische Nation in ihrer Fahnre und ihrer nationalen Hymne beschimpfen wollen. Angesichts von Geschimpfen von solcher Tragweite können wir mit den Entschuldigungen des Präsidenten des österreichischen Fußballbundes nicht anfangen. Die Regierung der österreichischen Republik ist es, die sofort offiziell ihre Entschuldigung ausprechen und der italienischen Fahnre die Ehre erweisen muß.“

„Giornale d'Italia“ wieder tut, als sei das große Italien von dem kleinen Oesterreich bedroht und schreibt:

„Die mehr als eigenartigen und peinlichen Szenen sind geeignet, das Ereignis vom sportlichen auf das politische Gebiet zu verschieben. Die Rundgebungen einer Renne von 70.000 Personen beweisen eine Einmütigkeit, die man nicht mehr als sportlich bezeichnen kann und die Vergeßlichkeit der verantwortlichen Stellen, wie das das Nichtstehen der italienischen Flagge und das Nichtspielen der italienischen Nationalhymne haben einen ausgesprochen politischen Charakter. Wien hat es an den elementaren Regeln der Korrektheit und Ritterlichkeit fehlen lassen, während die österreichischen Spieler, die zweimal in Italien waren, in Rom und in Bologna, nichts dergleichen gemerkt haben. Soweit liegen die Dinge auf sportlichem Gebiet. Auf politischem aber hat Wien einen neuen Beweis seines Hasses gegen Italien erbracht. Oesterreich hat diese Hilfe gebraucht, und allen voran hat Italien sie geleistet. Schön, Oesterreich braucht auch jetzt noch Hilfe. Da wird es gut sein, wenn sich Italien seine vornehme Haltung überlegt und dafür seine aus dem Kriege und aus dem Siege erworbenen Rechte geltend macht, wenn man sieht, wie die österreichische Nation bei ihrem Kriegesgeist verharret.“

Der italienische Volkschaffter Auriti sprach bei der österreichischen Regierung vor und verlangte irgendeine Genugtung wegen der „Beleidigung“ Italiens, die im Grunde darin besteht, daß die Italiener ein Fußballspiel verloren haben, trotz allerhand Rohheiten verloren haben. Der italienischen Waffenhre ist, sollte man meinen, schon Schlimmeres passiert. Zweieinhalb Jahre lang ist es den italienischen Armeen des Grafen Cadorna nicht gelungen, den Honojo zu forcieren, obwohl bei Beginn des Kampfes 500.000 Italiener gegen ein paar tausend slowenische Landsturmlente und selbst während der größten Schlachten eine halbe Million gegen knappe 150.000 kämpften. Und nun überwindet die faszistische Ehre plötzlich nicht einmal ein Fußballniederlage!

Die Komödie wird nach weiteren Ausbrüchen der italienischen Großschnäuzigkeit schließ-

Literatur.

Sigrid Undset: „Das Audunsohn und seine Kinder.“

Wenige Bücher von dichterischer Qualität haben eine so große Verbreitung gefunden, wie die Bücher der norwegischen Dichterin Sigrid Undset...

Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde eurer Ausbeute!

In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt!

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Wochenprogramm

Sonntag, halb 11 Uhr: „Papst und Vatikan“, Kulturfilm.
Montag, 8 Uhr: „Papst und Vatikan“, legte Vorführung.
Dienstag, 8 Uhr: „Erkenntnislehre und Phänomenologie“, Prof. Pfänder...

Dentischer Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag

Ankunft nach Besz, Sonntag, den 14. d. M. Zusammenkunft um 2 Uhr nachmittags bei der Remise im Baumgarten...

Allgem. Angestelltenverband, Montag, den 15. d., 7 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter Ausschüttung.

Sport * Spiel * Körperpflege

Ein Loblied des Turnens.

Der französische Sportversteher Georges Hébert hat anlässlich eines Turnfestes in Calais eine Ansprache an die versammelten Turner gehalten...

Herausgeber Dr. Ludwig Egech
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
Druck: Kova K. u. H. für Zeitung und Buchdruck...



Die weltbekannte Qualitätsmarke.

Generalvertretung der Joachimsthaler Seifenfabrik J. Klinger
Firma Vöclav und Vladimír Bayer.
Prag II, Spálená ulice Nr. 21. - Telefon Nr. 45-070

und die Anhänger dieser jüngeren Bewegung wollen nun auch, den Älteren, Vorurteilen machen. Bleiben euren Traditionen treu...

In technischer Hinsicht vereinfacht eure Übungen. Nehmt als Grundlage des vollkommenen Athleten die acht Gruppen der natürlichen und zweckmäßigen Übungen: Marsch, Lauf, Sprung, Klettern, Werfen, Heben, Verteidigung und Schwimmen.

Auf diese Art werdet ihr die Jugend für euch gewinnen. Sie wird zu euch kommen, weil sie weiß, daß sie sich bei euch zum vollkommenen Sportmenschen entwickeln kann.

Blau Felertarsan "Hg" für Kn.-ben v. Kc 200
REGENMANTEL
PORTA ZÜGE
große Auswahl erstklassig-offeriert
„HIRSCH PRAG“
Zelezná 14.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des
Konsumvereines SELCHWAREN der Firma
HEGNER & Cie. PILSEN
Sind die ALLERBESTEN!

STEMPEL
erzeugt schnell
Franz Chmel,
Prag II., Nekázanka 18
Volksbuchhandlung
Teplitz-Schönau
Königstrasse Nr. 13
direkt gegenüber dem Neuen Stadt-Theater
Bücher, Zeitschriften, Papier, Kanzleimaterial u. Schulartikel
Geschenke für alle Feiern

Prager Kurie am 13. April.
Wels Carr
100 böhmisches Gulden . . . 1435.80 1439.90
100 Reichsmark . . . 590.35 592.85
100 Belas . . . 498.80 479.-
100 Schweizer Francs . . . 649.75 651.75

Eisenwerke-Aktiengesellschaft
ROTHAU-NEUDEK
Zentraldirektion Prag II., Hybernská 36.
Blechwalzwerke Rothau, Schindlwald und Neudek (Böhmen)
Blechwalzwerk Karishütte der Berg- u. Hüttenwerke-Ges. (Schles.)

Jaromir Weinberger.
Zur Prager deutschen Erstaufführung „Schwanda, der Dudelsackpfeifer“.
Es ist der Vorgang des künstlerischen Erfolges der neuzeitlichen tschechischen Tondichter, daß sie in ihren Tonschöpfungen nicht unbedingt original sein wollen...

der Kompositionsklasse Max Regers die höchste Weihe in seiner Kunst zu empfangen. Nach kurzen Wanderjahren, die Weinberger teils in musikalisch-pädagogischer Tätigkeit am Konservatorium in Jihlava in Amerika, teils als praktisch wirkenden Operndramaturgen am tschechischen Nationaltheater in Pilsen haben, kehrt der Künstler wieder nach Prag zurück...

melodischen Erfindung auszeichnet, hat sich der Komponist selbst in deutlicher Weise geäußert. „In der Musik habe ich mich“, sagt er, „ganz an das tschechische Volkslied angelehnt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen stiere ich aber keine Volksmelodie, sondern verhöhe, aus dem Geiste des Volksliedes Neues zu schaffen.“

Edwin Janetschek
Loblied des Turnens.
Ein Loblied auf die Turnkunst darstellt und aus der wir einige Sätze wiedergeben.